

Der Erweiterte Rat kann als „Übergangsgremium“ gesehen werden, da er jene Aufgaben wahrnimmt, die ursprünglich das Europäische Währungsinstitut innehatte. Seine Auflösung kann erfolgen, wenn alle EU-Mitgliedstaaten die gemeinsame Währung eingeführt haben.

Aufgaben der Oesterreichischen Nationalbank

Grundsätzlich sind die Funktionen der an der Währungsunion teilnehmenden nationalen Zentralbanken im EU-Vertrag festgelegt. Daraus leitet die OeNB folgende wesentliche Aufgabengebiete ab:

Geldpolitischer Entscheidungsprozess:

- Teilnahme des OeNB-Gouverneurs im EZB-Rat
- Volkswirtschaftliche Analysen als Grundlage für österreichische geldpolitische Position (Veröffentlichung halbjährlicher Wirtschaftsprognosen über Österreich)
- Bereitstellung der österreichischen Geld- und Bankenstatistik, die Zahlungsbilanz, die Internationale Vermögensposition (IVP) und die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
- Mitwirkung der OeNB im Rahmen und außerhalb des ESZB/Eurosystems in verschiedenen internationalen Organisationen sowie EU-Institutionen bzw. Komitees und Arbeitsgruppen (Komitees der EU, IWF, BIZ, OECD)

Umsetzung der Geldpolitik:

- Liquiditätsversorgung österreichischer Banken durch Einsatz geldpolitischer Instrumente (Offenmarktinstrumente, ständige Fazilitäten, österreichisches Reservemanagement, Bargeldversorgung)

Kommunikation der Geldpolitik

- Schnittstellenfunktion zu nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern
- Rechenschaftspflicht des ESZB auf nationaler Ebene: halbjährliche Berichterstattung von Gouverneur und Vizegouverneur im Finanzausschuss des österreichischen Nationalrats über erfolgte geld- und währungspolitische Maßnahmen

Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte

- Kooperation der OeNB mit der behördlichen Bankenaufsicht und Einbindung in die Vor-Ort-Inspektionen bei den heimischen Kreditinstituten für Gewährleistung der Finanzmarktstabilität (vgl. Kapitel Finanzmarktpolitik)
- Kraft des Finanzmarktaufsichtsgesetzes übt die OeNB die Aufsicht über die Zahlungsverkehrssysteme aus (Teilnahme am europäischen Zahlungsverkehrssystem TARGET2).

Quelle: OeNB

6 Die Zukunft des Euro-Währungsgebietes

Im Gefolge der Schuldenkrise im Euro-Währungsgebiet wurde die Optimalität der Europäischen Währungsunion in Frage gestellt. In der wirtschaftstheoretischen Literatur soll die Theorie der optimalen Währungsgebiete entsprechende Hinweise darauf

geben. Es wurde aus dieser Theorie ein umfassendes Set an empirischen Kriterien abgeleitet, die darüber Auskunft geben sollen, ob ein Währungsraum hinsichtlich seiner Größe bzw. Mitglieder optimal ausgestaltet ist. Unter diesen Kriterien finden sich u.a. Grad der Lohn- und Preisflexibilität, Übereinstimmung der ökonomischen Struktur, Grad der fiskalen Integration und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Aus der nachfolgenden Tabelle 71 ist leicht ablesbar, dass hinsichtlich einiger dieser Kriterien große Divergenzen innerhalb des Euro-Raums bestehen und dementsprechend schwerlich die Optimalität des Euro-Währungsgebietes als Währungsraum abgeleitet werden kann.

Tabelle 71: Ausgewählte Kennzahlen zur Eurozone 2000–2007

	Kumuliertes öffentliches Defizit	Kumulierte Leistungsbilanz	Kumulierte Inflation	Entwicklung relative Lohnstückkosten (2000:100)
Österreich	11,8%	13,0%	16,2%	101,4
Belgien	2,7%	26,0%	18,0%	112,7
Finnland	-32,4%	50,0%	13,4%	88,1
Frankreich	21,7%	4,0%	16,6%	106,6
Deutschland	17,7%	26,0%	14,3%	95,1
Griechenland	40,0%	-67,0%	30,1%	116,8
Irland	-11,9%	-15,0%	31,6%	101,9
Italien	22,9%	-10,0%	20,7%	134,6
Luxemburg	-18,6%	83,0%	21,5%	127,5
Niederlande	4,7%	45,0%	21,3%	116,6
Portugal	28,9%	-71,0%	27,0%	105,6
Spanien	-2,3%	-46,0%	29,0%	122,2

Quelle: Baldwin, Gros (2010), Hankel et al. (2010)

Bleibt die Frage, ob die „alten“ Ansätze der Theorie der optimalen Währungsgebiete mehr ein Beitrag zur akademischen Diskussion sind oder ob sich daraus vielleicht nutzbringende wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ableiten lassen. Neuere Theorieansätze, die die Endogenität dieser Kriterien postulieren – Kriterien, wenn sie noch nicht ausreichend ausgebildet sind, können sich über die Zeit auch nach Gründung der Währungsunion günstig entwickeln – lassen einen gewissen Optimismus aufkommen, dass der Euro-Raum als Währungsunion funktionieren kann, auch wenn die Optimalitätskriterien jetzt noch nicht ausreichend herangebildet sind. Die Finanzmarktintegration kann sich vertiefen, Arbeitsmärkte können sich weiter flexibilisieren etc., mit dem Ergebnis, dass auftretende Störungen den gesamten Währungsraum gleich treffen und somit den Wechselkursmechanismus als Anpassungsinstrument entbehrlich machen. Empirisch ist bislang maximal in Ansätzen die

Heranbildung eines „Europäischen Konjunkturzyklus“ zu erkennen, idiosynkratische nationale Schocks dominieren nach wie vor.

Ein interessanter Ansatz für die wirtschaftspolitische Diskussion über die Zukunft des Euro-Währungsgebietes kann sein, wenn man vom Counter Factual ausgeht. Eichengreen (2007) analysierte auf technischer, ökonomischer und politischer Ebene Implikationen eines Austrittes eines Währungsunionmitglieds aus dem Euro-Raum. Auf technischer und vertraglicher Ebene müsste das austretende Mitglied einen aufwändigen Prozess zur Währungsumstellung in Gang bringen. Würde beispielsweise ein Mitglied die Währungsunion verlassen, um mit einer souveränen Währungspolitik die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, müsste der Nutzen einer intendierten Abwertung hinterfragt werden. Dieser kann begrenzt sein, da die mögliche Abwertung durch Inflation bzw. Indexierung konterkariert werden kann. Länder mit vormals höherer Inflation werden wahrscheinlich mit höheren Zinsen konfrontiert. Der Schuldendienst wird ebenso problematischer. Die höchsten Kosten eines Währungsunionaustrittes würden sich jedoch auf politischer Ebene ergeben. Mongelli (2010) zeigt, wie sich die Integration innerhalb der Europäischen Union über 50 Jahre sukzessive vertieft hat. Die wechselseitigen politischen wie ökonomischen Abhängigkeiten sowohl durch die Heranbildung eines Binnenmarkts, einer Wirtschafts- als auch einer Währungsunion sind beträchtlich. Ein Austritt eines Währungsunionmitgliedes würde dem austretenden Mitglied selbst schaden, indem es sich aus diesem lange gewachsenen Integrationsprojekt rausnehmen würde. Der politische Schaden für das europäische Integrationsprojekt selbst wäre ebenso groß. In den Unionsverträgen ist beispielsweise nicht vorgesehen, dass ein Land lediglich aus der Währungsunion austritt und weiterhin Mitglied der Europäischen Union bleiben würde.

Die Sensibilität der Finanzmärkte in Bezug auf geordnete öffentliche Finanzen wurde mit der Schuldenkrise in Griechenland eindrucksvoll demonstriert. Es besteht entsprechender Handlungsbedarf, die fiskale europäische Koordination zu vertiefen bzw. das vorhandene Regelwerk auch tatsächlich anzuwenden (vgl. dazu im Kapitel Öffentliche Finanzen die Abschnitte Stabilitäts- und Wachstumspakt und Europäischer Finanzieller Stabilisierungsmechanismus).

Die Schaffung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus, in dem Mitglieder des Euro-Währungsgebietes für andere einspringen, ist als solidarischer Akt zu werten, entgegen dem Geist der No-Bail-Out-Klausel im AEUV. Die spannende Frage für die nächsten Jahre wird sein, inwieweit die politische Koordinierung fortschreitet oder gar weitere Schritte in Richtung politischer Union unternommen werden. Theurl (1992) hat sehr früh, schon sieben Jahre vor Inkrafttreten der Währungsunion, darauf hingewiesen, dass *„ein Ausbau der Koordinationsverpflichtungen für die Zukunft ebenso wenig ausgeschlossen werden (kann), wie eine Verlagerung aller wirtschaftspolitischen Agenden, inklusive der Makrosteuerung, auf die Gemeinschaft“*. Die jüngere Einschätzung von De Grauwe (2010) ist noch weitgehend: *„at some point, a monetary union forces its members to show solidarity, whether they like it or not. That's why setting up an explicit solidarity (insurance) mechanism is important. ... There can be little doubt that the survival of the Eurozone depends on its capacity to embed itself into a political union. The latter must imply some transfer of sovereignty in the conduct of macroeconomic policies other than monetary policies and the organisation of minimal forms of automatic solidarity between member states even when some of these misbehaved.“*

Mindestens genauso spannend ist die Frage, welche Antworten auf das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Ländern des Euro-Raums und der noch ungenügenden Herausbildung eines „Europäischen Konjunkturzyklus“ auf eu-

ropäischer Ebene gefunden werden (Breuss 2009). Die 2011 beschlossene EU-Verordnung zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte lässt zwar erkennen, dass sich die Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene der Problematik auftretender makroökonomischer Ungleichgewichte (BMF 2011b) bewusst sind, konkrete Lösungsmöglichkeiten für die „Beseitigung“ und allenfalls unterstützende Abfederung dieser makroökonomischen Gleichgewichte sind daraus aber nicht unmittelbar ablesbar.

Schlüsselbegriffe

- Geldpolitisches (Zwischen)Ziel
- Geldpolitische Strategie
- Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)
- Inflationsprognose/-projektion
- Geldmenge
- Oesterreichische Nationalbank
- Monetäre Analyse
- Geldmengeninflation
- Geldpolitischer Transmissionsmechanismus
- Zentralbankgeld
- Offenmarktgeschäfte
- Leitzins
- EONIA
- Mindestreserve
- Europäische Zentralbank (EZB)
- Europäisches System der Zentralbanken (EZSB)
- Rat der Zentralbankpräsidenten
- Unabhängigkeit (institutionell, personell, funktionell)
- Transparenz
- Optimales Währungsgebiet

7 Kontrollfragen und Übungen

- a. Stellen Sie die entscheidenden Größen einer geldpolitischen Strategie dar und erläutern Sie diese!
- b. Geben Sie eine kurze Darstellung der geldpolitischen Strategie der EZB! Welche Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der Umsetzung der Strategie?
- c. Geben Sie einen kurzen Überblick, welche neuen geldpolitischen Instrumente und Anpassungen vorhandener Instrumente infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt und vorgenommen wurden! Diskutieren Sie den Einsatz dieser Instrumente kritisch!
- d. Diskutieren Sie die Unabhängigkeit der EZB!
- e. Diskutieren Sie die Optimalität des Euro-Raumes und die Konsequenzen daraus für die wirtschaftspolitischen Institutionen!
- f. In welcher Form können Erwartungen Einfluss auf den Leitzins haben?
- g. Suchen Sie den Konsolidierten Wochenausweis der EZB für den letzten Dezembertag 2011 und vergleichen Sie mit der Tabelle 69! Was können Sie erkennen?

Österreichische Wirtschaftspolitik

Österreichische Wirtschaftspolitik bietet eine praxisorientierte Einführung mit der Einarbeitung aktueller wirtschaftspolitischer Ereignisse.

Einleitend erfolgt eine kompakte Darstellung der Theorie der Wirtschaftspolitik, gefolgt von mikroökonomisch und makroökonomisch „dominierten“ Bereichen der Wirtschaftspolitik. Der Leser erhält Einblick in die Funktionsweise österreichischer wirtschaftspolitischer Institutionen. Welche Ziele verfolgen die einzelnen Entscheidungsträger und welche Maßnahmen werden letztendlich umgesetzt? Der Veranschaulichung der europäischen Komponente und ausreichend Gewicht beigemessen, da eine Vielzahl wirtschaftspolitischer relevanter Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise ist hinsichtlich ihrer Auswirkungen und wirtschaftspolitischer Reaktionen in das Buch eingearbeitet.

Der Fokus liegt neben der theoretischen Darstellung auf der Empirie und der Darstellung praxisnaher Beispiele mit starkem Österreichbezug. Das Buch richtet sich sowohl an FH-Studenten und Universitätsstudenten, wirtschaftspolitisch Interessierte, Wirtschaftsjournalisten als auch an Mitarbeiter von nahe der Wirtschaftspolitik agierenden Institutionen und Unternehmen.



Dr. Ralf Kronberger

ist Leiter der Finanz- und Handelspolitischen Abteilung der WKO und arbeitet als Lektor an der FH Wr. Neustadt und der FH des bfi. Er ist Aufsichtsratsmitglied bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH, Mitglied des Staatsschuldenausschusses und stellvertretender Vorsitzender der ERP-Kreditkommission.



Dr. Reinhold Hofer

war als Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik an der WU Wien im Bereich Wirtschaftspolitik und Industrieökonomie tätig und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Wirtschafts- und Innovationsforschung der JOANNEUM RESEARCH in Wien.

ISBN 978-3-7089-0763-5



www.facultas.wuv.at

facultas.wuv

